

RS Vwgh 2007/10/9 2007/02/0193

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 09.10.2007

Index

10/07 Verwaltungsgerichtshof

19/05 Menschenrechte

40/01 Verwaltungsverfahren

Norm

MRK Art6;

VStG §51e idF 2002/I/065;

VwGG §42 Abs2 Z3 ltc;

Hinweis auf Stammrechtssatz

GRS wie 2005/02/0122 E 11. August 2005 RS 1 (hier nur zweiter und dritter Satz)

Stammrechtssatz

Der BsCh hat in seiner Berufung vorgebracht, nach seinem Wissenstand hätte der Lenker des Kraftfahrzeugs zum Zeitpunkt der Zurverfügungstellung des Kraftfahrzeugs über die erforderliche Lenkberechtigung verfügt. Zum Nachweis dieses Vorbringens wurde unter anderem die Einvernahme des "Einschreiters" (gemeint: BsCh) beantragt. Aus diesem Vorbringen des BsCh ist zu entnehmen, dass er eine mündliche Berufungsverhandlung beantragt, wäre doch sonst sein Antrag auf Einvernahme vor der belBeh nicht zu verstehen. Der Unabhängige Verwaltungssenat hätte daher nicht davon ausgehen dürfen, ein Antrag auf Durchführung einer mündlichen Berufungsverhandlung sei nicht gestellt worden (Hinweis E 28. Jänner 2003, 2001/05/0049).

Schlagworte

Verfahrensbestimmungen Berufungsbehörde Besondere Rechtsgebiete "zu einem anderen Bescheid"

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:2007:2007020193.X01

Im RIS seit

02.11.2007

Quelle: Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>